

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

das neuartige Corona-Virus bestimmt unser Leben nach wie vor. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie haben deshalb auch die zurückliegende Plenardebatte mit geprägt.

Die Corona-Krise stürzt manche Branchen und sehr viele Menschen in existenzielle Sorgen. Und es ist nach meiner Auffassung die Pflicht und Schuldigkeit des starken Staates, in dieser Situation Hilfe und Unterstützung anzubieten. Die Entscheidungen darüber, wie diese staatliche Unterstützung organisiert und finanziert wird, sollten nach unserer Auffassung in einem möglichst großen Einvernehmen getroffen werden. Aber daran hat die schwarzgrüne Landesregierung zu meinem Bedauern kein Interesse gezeigt. Stattdessen wollen CDU

und Grüne mit aller Gewalt und mit allen gesetzgeberischen Tricks ein so genanntes „Sondervermögen“ durchsetzen, das sich – einmal beschlossen – bis zur nächsten Landtagswahl 2023 der Kontrolle durch den Hessischen Landtag als Ganzes weitgehend entzieht. Warum wir das ablehnen und wie Schwarzgrün in der Krise politisch spaltet, statt das Gemeinsame zu suchen, lesen Sie auf der nächsten Seite.

Ich glaube, wir brauchen in dieser Krise mehr denn je den Schulterschluss der Demokraten, damit Solidarität und Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommen. Daran arbeiten wir weiter.

Ihre Nancy Faeser

POLITIK MIT DER BRECHSTANGE

SCHWARZGRÜNER SCHATTENHAUSHALT



„Ein Kompromiss ist an der starren Haltung der Landesregierung gescheitert“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser zu dem Vorhaben der Koalition, die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments für Ausnahmen von der Schuldenbremse in eine einfache Mehrheit ändern zu wollen. Ziel der Landesregierung und der Regierungsfaktionen ist es, das umstrittene „Sondervermögen“ zur Bewältigung der Corona-Krise – also einen vollständig kreditfinan-

zierten Schattenhaushalt in Höhe von 12 Milliarden Euro – anlegen zu können, ohne den für eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlichen Kompromiss mit der Opposition zu suchen. Dieser Schattenhaushalt widerspreche den Grundsätzen der transparenten Haushaltsführung und sein Zustandekommen sei nur möglich, indem die Regierungskoalition die bislang gesetzlich verbrieften Mitspracherechte des Parlaments einschränke, dies sei eine Zäsur im Hessischen Landtag, erklärte Faeser. „Es wäre klug gewesen, wenn CDU und Grüne in der größten Krise unseres Landes seit dem Zweiten Weltkrieg den größtmöglichen politischen Konsens gesucht hätten. Stattdessen haben die Koalitionspartner beschlossen, den Schattenhaushalt gegen alle berechtigten Einwände der Opposition durchzudrücken.

Wenn dieser Landesregierung Gesetze im Weg stehen, dann werden diese Gesetze eben beseitigt. Dieses Vorgehen schädigt auf lange Sicht das Vertrauen in die Demokratie“, sagte Faeser. Statt Überzeugungsarbeit zu leisten und für eine entsprechend breite Mehrheit im Parlament zu werben, habe sich die Koalition entschieden, ihr Vorhaben mit der Brechstange durchzusetzen. „Charakter zeigt sich in der Krise“, zitierte die SPD-Fraktionsvorsitzende den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, „jetzt hat Schwarzgrün seinen Charakter gezeigt.“ Ungeachtet der erheblichen Differenzen und des schlechten politischen Stils der Landesregierung sei ihre Fraktion bereit, erneut in Verhandlungen über ein inhaltlich wie formal konsensfähiges Hilfsprogramm für Hessen einzutreten.

EINSETZUNG UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, Freien Demokraten und Linke wurde ein Untersuchungsausschuss (UNA) eingesetzt, der die Arbeit der hessischen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit dem Mord an Dr. Walter Lübcke zum Gegenstand hat. Günter Rudolph betonte in der Plenardebatte dazu, die strafrechtliche Aufarbeitung der Ermordung von Dr. Lübcke sei Aufgabe der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes. Die Bluttat vom Juni 2019 habe aber auch eine politische Dimension, die einzuordnen und zu bewerten Auftrag des UNA sein werde. „Es zieht sich eine Blut-

spur des Rechtsterrorismus durch unser Land – vom Mord an Walter Lübcke über den versuchten Mord an einem eritreischen Asylbewerber in Wächtersbach und den Anschlag auf die Synagoge in Halle bis zu den rassistisch motivierten Morden an neun Menschen in Hanau. Die maßgebliche Bedrohung unserer Demokratie kommt von Rechtsaußen. Die Frage ist: Sehen unsere Sicherheitsbehörden diese Gefahr klar genug“, erklärte Rudolph. Er verwies auf den Umstand, dass der hessische Verfassungsschutz mit Stephan E., dem mutmaßlichen Mörder Lübckes, einen



Mann aus dem Blickfeld verloren hatte, der über Jahrzehnte immer wieder als gewalttätiger Rechtsradikaler aufgefallen war. „Wie konnte das Landesamt für Verfassungsschutz, das einzig und allein dafür da ist, Feinde unseres demokratischen Staates zu identifizieren und zu überwachen, zu dieser eklatanten Fehleinschätzung kommen? Das muss aufgeklärt werden“, so Günter Rudolph.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

RETTUNG VON UNTERNEHMEN UND ARBEITSPLÄTZEN

„Der Schutz des Unternehmens und der Arbeitsplätze bei der Lufthansa hat für uns oberste Priorität.“

MARIUS WEIß



Die SPD-Landtagsfraktion hat begrüßt, dass das Rettungspaket des Bundes für die Lufthansa eine Mehrheit auf der Hauptversammlung bekommen hat. „Für die Exportnation Deutschland und den Luftverkehrsstandort Frankfurt/Rhein-Main ist es unerlässlich, eine leistungsfähige Fluggesellschaft wie das Weltunternehmen Lufthansa zu haben. Deswegen freuen wir uns, dass die Bundesregierung ein Rettungspaket geschnürt hat, das nach Vorstand und Aufsichtsrat heute hoffentlich auch in der Hauptversammlung der Lufthansa Zustimmung findet. Das ist ein gemeinsamer Erfolg von Politik, Unternehmen und vor allem den Beschäftigten, die mit der erzielten Einigung enorme Flexibilität und Verantwortung gezeigt haben. Die Gewerkschaft UFO hat Sparmaßnahmen von über einer halben Milliarde Euro zugestimmt und dafür einen Kündigungsschutz für vier Jahre erhalten“, hatte Weiß zuvor erklärt. Dies sei wichtig, denn aus Sicht der SPD seien die Beschäftigten das wahre Kapital des Unternehmens und so viele Jobs wie möglich müssten in der Luftverkehrsindustrie erhalten bleiben. „Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gilt unsere volle Solidarität“, schloss Weiß.

LANDESAUFNAHMEPROGRAMM

Frank-Tilo Becher hat die Landesregierung aufgefordert, das lange angekündigte Landesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Flüchtlinge endlich auf den Weg zu bringen. „Im Rückblick auf die Debatte im Hessischen Landtag muss ich allerdings feststellen, dass man eher auf die Hürden und Schwierigkeiten fixiert ist, als auf offensichtliche Möglichkeiten für eine Umsetzung“, sagte Becher. Er verwies auf die Möglichkeiten zur humanitären Flüchtlingsaufnahme, die das Aufenthaltsgesetz anbietet. Länderaufnahmeprogramme oder auch der Weg des Resettlements wurden dafür in der Vergangenheit genutzt und finden aktuell in anderen Bundesländern Anwendung. In Hessen hätten fünf Städte und drei Landkreise im Bündnis „Sichere Häfen“ ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. „Hessen kann auch auf eine gute Tradition eines großartigen zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit blicken“, stellte Becher fest. Hessen müsse nun mutiger auf die Umsetzung zugehen.



#BLACKLIVESMATTER

In einer aktuellen Stunde hat sich der Hessische Landtag mit der Blacklivesmat-



ter-Bewegung und Rassismus in Deutschland befasst. Turgut Yüksel forderte im Rahmen der Debatte die Landesregierung auf, Rassismus in Hessen mit Wort und Tat zu bekämpfen. „Die #blacklives-matter-Kundgebungen der vergangenen Wochen haben mich sehr bewegt. Sie sind Ausdruck vieler Hess*innen, die auf Rassismus und rassistisch motivierte Gewalt in ihrem Alltag reagieren. In einer Gesellschaft mit rassistischen Strukturen ist Hass gegen Migrant*innen nie ein individuelles Problem. Der Kampf gegen Rassismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht nur in Einzelfällen gedacht werden“, erklärte Yüksel. Es sei die Aufgabe der Landesregierung, alle Teile der Bevölkerung vor Rassismus zu schützen.

BLUTSPENDE

Die SPD-Fraktion unterstützt die Forderung nach einer Bundesratsinitiative Hessens, mit dem Ziel, den grundsätzlichen Ausschluss Homosexueller von der Blutspende zu beenden. „Häufig wechselnde Sexualkontakte führen zum Ausschluss von der Blutspende. Bei Heterosexuellen werden sie erfragt, bei Homosexuellen werden sie grundsätzlich vorausgesetzt“, erklärte Ulrike Alex in der Debatte. Diese demütigende Zurückweisung sei eine Diskriminierung von Menschen, die helfen wollten. Eine Initiative im Bundesrat durch Hessen sei ein starker Impuls nach Berlin, wo eine Gesetzesänderung sicher nicht auf den Widerstand SPD treffen werde.



INVESTITIONSSTAU BEI KITAS BEENDEN

SPD-SETZPUNKT

Beim Thema Kita-Investitionen hat die SPD-Fraktion den Druck auf die Landesregierung erhöht. „Hessen hat in den vergangenen Jahren kei-



Euro ist eine Summe, die die Städte und Gemeinden nicht stemmen können. Das Land muss deshalb endlich angesichts der enormen

ausreichenden Mittel bereitgestellt, um den Investitionsbedarf in den Kommunen auch nur ansatzweise zu decken. Stattdessen haben sich CDU und Grüne auf den Investitionsprogrammen des Bundes ausgeruht“, erklärte Lisa Gnadl zum SPD-Setzpunkt. Gnadl führte Berechnungen des Hessischen Landkreistages an, nach denen in Hessen ein Investitionsstau bei den Kitas von rund einer Milliarde Euro bestehe. „Jeder Euro, der in Kitas investiert wird, ist ein sinnvoll investierter Euro. Aber eine Milliarde

Ausbau- und Investitionsbedarfe stärker die Kommunen bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe mit originären Landesmitteln unterstützen“, so die familienpolitische Sprecherin. Angesichts der Größe der Aufgabe, vor der die Kommunen stünden, die letztendlich den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung zu gewährleisten hätten, seien die von Schwarzgrün aufgelegten Programme mit einem Gesamtvolumen von 142 Millionen Euro für die kommenden Jahre bei weitem nicht ausreichend.

JUBILÄUM VERKEHRSVERBÜNDE



„25 Jahre Verkehrsverbünde in Hessen sind ein Anlass, um zu gratulieren und dankbar zurückzublicken sowie engagiert und motiviert in die Zukunft zu schauen“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher Tobias Eckert anlässlich des Jubiläums der Verkehrsverbünde in Hessen. Das Land habe immer wieder den Anspruch erhoben, eine führende Rolle bei allen Lösungsansätzen zur Mobilität spielen zu wollen. Deshalb brauche es eine Weiterentwicklung des Anspruches auf die führende Rolle in Fragen der Mobilität der Zukunft. Auch die Frage der finanziellen Ausstattung der Verbünde müsse zum 25. Jubiläum politisch debattiert und beantwortet werden. „Wir wollen, dass das Land auf jeden kommunalen Euro für die Verbünde einen Euro aus der Landeskasse drauflegt“, so Eckert.

DIGITALE LEHRE ALS ERGÄNZUNG

DIGITALPAKT HOCHSCHULE

„Die Pandemie hat es erfordert, in kürzester Zeit auf digitale Formate umzusatteln. Natürlich gab es an den Hochschulen schon einige Angebote. Aber sie waren nicht so ausgestaltet, ein komplettes Digitalsemester zu organisieren“, sagte Dr. Daniela Sommer in der Debatte zum Digitalpakt. Defizite, wie Serverüberlastungen oder Datenschutzprobleme seien hinlänglich bekannt gewesen. Dafür stünden zwei Ministerien zur Verfügung, die schnell Abhilfe hätten schaffen können und müssen. Bei

der Gestaltung der Digitalisierung bräuchten Universitäten und HAWs außerdem dringend die Unterstützung des Landes. „Der Zugang zu Studium und Lehre kann erleichtert werden. Es können sich aber auch neue Ausgrenzungsmechanismen ergeben. Denn nur wenige der Studierenden und Beschäftigten verfügen über die technische Expertise, die Inhalte der Angebote optimal zu nutzen“, warnte Sommer. Die Entwicklung digitaler Lehrangebote brauche Zeit und Geld und könne die Präsenzlehre



nicht ersetzen. Hebel der Digitalisierung an Hochschulen seien die Unterstützung der Lehrenden, die Schaffung von Infrastruktur, digitalen Lernorten und technischer Ausstattung sowie eine hochschulübergreifende Kooperation, und verbesserte Rahmenbedingungen.

FEMIZIDE VERHINDERN

Allein in Deutschland versucht jeden Tag ein Mann seine Partnerin oder (Ex-)Partnerin zu töten, so die Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts, und jeden dritten Tag gelingt es einem dieser Täter. Im Jahr 2018 wurden 122 Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordet. „Das ist eine große Zahl für ein Land, das sich in der Verfassung für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzt“, erklärte die SPD-Abgeordnete Nadine Gersberg in der Plenardebatte. Gersberg übte Kritik gegen die Landesregierung, die zu wenig in diesem Themenfeld unternehmen würde. „Frauenhäuser müssen endlich mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden“, erklärte Gersberg. Die Abgeordnete forderte



außerdem das Innenministerium auf, das Thema Stalking mehr in den Blick zu nehmen: „Wir wissen, dass bei 90 Prozent der Femizide der Täter das Opfer im Vorfeld gestalkt hat. Die Anfänge von Gewalt müssen ernster genommen werden als bisher.“ Um Femizide zu verhindern, brauche es aber vor allem strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen. „Es muss sich etwas in den Köpfen ändern“, so Gersberg. Vor allem Sprache sei dabei ein sensibler Bereich. Wenn man statt von einem „Femizid“ von einer „Familientragedie“ spreche, verharmlose man das Thema und trage dazu bei, dass die Hemmschwelle der Täter sinke. „Frauen tragen keine Mitschuld Femiziden“, bekräftigte Gersberg.

„NIGHT OF LIGHT“

Mit der „Night of Light“ hat die Veranstaltungsbranche auf ihre aktuelle bedrohliche wirtschaftliche Lage aufmerksam gemacht. In ganz Deutschland wurden dabei Kultur- und Veranstaltungsstätten rot angestrahlt. Seit März waren alle öffentlichen Großveranstaltungen untersagt worden, um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. „Die Angst, dass ein ganzer Wirtschaftszweig zu verschwinden droht, ist real. Die professionellen Veranstaltungsunternehmen beschäftigen viele gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gestalten einen wichtigen Teil des kulturellen Lebens in unserem Land“, erklärte dazu Nancy Faeser. Bund und Land müssten nun den betroffenen Unternehmen und deren Beschäftigten zur Seite stehen, damit diese die Krisenphase überbrücken könnten.



KEIN KAVALIERSDELIKT

Die jüngsten Fälle von Angriffen auf Polizei- und Einsatzkräfte sind Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Tendenz zur Verrohung. Aber gegen Respektlosigkeit bis hin zur körperlichen Gewalt helfen schärfere Strafen nicht, so die Analyse der SPD-Landtagsabgeordneten Karin Hartmann. „Was wir brauchen, sind eine konsequente Anwendung der bestehenden Strafgesetze und eine schnelle Aufarbeitung der Taten vor Gericht“, erklärte Hartmann. Gewalt beginne oft mit Worten, so die Abge-

ordnete. Hasserfüllte Kommentare im Netz seien der Nährboden für tatsächliche Gewalttaten. Deshalb brauche es eine stärkere Präventionsarbeit, die schon bei Kindern ansetze, so Hartmann. Nicht nur die Angriffe auf Polizeibeamte, sondern auch die Rassismuskritiken gegen einzelne Polizeibeamte bedürften einer weiteren Auseinandersetzung und einer konsequenten Nachverfolgung. „Die Polizei ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Auch dort gibt es schwarze Schafe, deren Fehlverhalten ge-

ahndet werden muss“, sagte Hartmann. Keinesfalls dürfe dabei aber die Integrität der Polizei strukturell in Frage gestellt werden.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Martina Häusl-David